

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lichtenecker, Brunner, Freundinnen und Freunde

betreffend Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen statt weitere Millionen-Spritzen an die Atomindustrie

eingebraucht im Zuge der Debatte über ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Finanzierung von Aufgaben der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung und das Bundesgesetz über die Refinanzierung von Tätigkeiten der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung erlassen und mit dem das Austria Wirtschaftsservice-Gesetz, das Garantiesgesetz 1977, das KMU-Förderungsgesetz, das Einkommenssteuergesetz 1988 und das Bundesgesetz, mit dem die Begründung weiterer Vorbelastungen durch den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie genehmigt wird, geändert werden (Konjunkturbelebungs-gesetz 2008 - KBG 2008)

Das von der Bundesregierung vorgelegte Konjunkturpaket enthält kaum sofort wirksame, konjunkturbelebende Maßnahmen und blendet den wichtigen Investitionsbereich Klimaschutz fast gänzlich aus.

Die europäischen Klimaschutzbemühungen drohen vor dem Hintergrund von Finanz- und Wirtschaftskrise in den Hintergrund gedrängt zu werden. Wenn der bisher weltweite Vorreiter Europäische Union seine Klimaschutzaktivitäten zurückfährt, würden die weltweiten Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel empfindlich gebremst werden. Angesichts des immer dringenderen Handlungsbedarfs im Klimaschutz wäre dies fatal. Zudem sind Klimaschutzmaßnahmen, etwa im Bereich der Gebäudesanierung, im Gegensatz etwa zum Straßenbau, hoch beschäftigungswirksam.

Österreich droht seine Klimaziele deutlich zu verfehlen, im Jahr 2006 lagen Österreichs Treibhausgasemissionen um 22,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent über dem Kyotoziel für die Jahre 2008 bis 2012. Hauptgrund dafür sind die fehlenden Klimaschutzmaßnahmen: Das Umweltbundesamt stellt in seinem Klimaschutzbericht 2008 fest, dass per Ende 2007 66 Prozent der in den Klimastrategien 2002 und 2007 vorgesehenen Maßnahmen nicht oder nur teilweise umgesetzt wurden. Österreich drohen damit bei Verfehlung der Klimaziele Strafzahlungen im Ausmaß von bis zu zwei Milliarden Euro, eine angesichts Finanz- und Wirtschaftskrise unverantwortbare zusätzliche Belastung der SteuerzahlerInnen.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, rasch wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu setzen, die auch konjunkturbelebende Wirkung haben. Dazu sollen auch jene Finanzmittel herangezogen werden, die bisher aus dem österreichischen Budget in die europäische Atomforschung geflossen sind. Diese Zahlungen sind nicht mehr zu rechtfertigen und gehören abgestellt.

Derzeit fließen jährlich mindestens 40 bis 50 Millionen Euro in die Finanzierung des Euratom-Vertrags der EU und werden damit der österreichischen Wirtschaft entzogen.

Euratom finanziert die EU-Atomforschung und vergibt Kredite für die Errichtung oder Modernisierung von Atomkraftwerken. Für die Euratom-Programme sind im Zeitraum von 2007-2013 insgesamt 4,1 Milliarden Euro im EU-Budget reserviert. Dieser Budgetbeschluss wurde mit der Zustimmung der österreichischen Bundesregierung gefasst. In den vergangenen 30 Jahren hat die Atomforschung mehr als 60 Milliarden Euro von den Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen erhalten.

Österreich unterstützt damit finanziell eine Technologie, die unsicher, lebensgefährlich und teuer ist, die Berge von strahlendem Atommüll hinterlässt, deren Nutzung in Österreich verboten ist und über deren Ablehnung im wesentlichen ein parteiübergreifender politischer Konsens herrscht – die Ablehnung des Kraftwerks Zwentendorf jährt sich am 5. November zum 30. Mal. Die Euratom-Mittel müssen in den nachhaltigen Umbau des österreichischen Energiesystems investiert werden.

Investitionen im Bereich des Bauens und der Gebäudesanierung weisen laut Studien des WIFO die höchsten direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen und eine sehr hohe Multiplikatorwirkung auf. Auch ein Programm zum Tausch alter Ölkessel gegen modernen Pelletskessel (in Kombination mit Solaranlagen wo sinnvoll) wirkt sehr beschäftigungsintensiv, da viele österreichische Unternehmen in diesem innovativen Marktsegment tätig sind, auch die Brennstoffaufbringung im Inland erfolgt und damit entsprechend Wertschöpfung absichert und damit Arbeitsplätze in den Regionen schafft. Zusätzlich verringern sich die notwendigen Importmengen fossiler Energieträger und damit ein finanzieller Mittelabfluss aus Österreich. So könnte etwa mit den Mitteln, die derzeit jährlich an Euratom fließen, der in einem Entschließungsantrag im Nationalrat einstimmig beschlossene Austausch von 110.000 fossil betriebenen Einzelöfen durch Pelletsöfen mit einer gezielten Förderaktion in nur vier Jahren durchgeführt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit sofortiger Wirkung die Zahlungen für den Euratom-Vertrag ruhend zu stellen und umgehend mit der EU Verhandlungen zum Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag aufzunehmen.“

2. Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, werden aufgefordert, die dadurch frei werdenden Finanzmittel in der Höhe von jährlich 40 bis 50 Millionen Euro für Investitionen in konjunkturbelebende Klimaschutzmaßnahmen zu investieren.“